

klartext

Magazin der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt

Diese Stadt hat eine andere Politik verdient

Interview mit Dr. Bodo Meerheim

Alles bleibt so wie gehabt

Der Haushaltsentwurf der Koalition

Die Neuen

Interview mit Jutta Fiedler
und Hendrik Lange



Kolumne

Fragen an einem bitteren Tag |3

Interview

Im Gespräch mit Dr. Bodo Meerheim |4

Themen

Bündnis Mindestlohn Sachsen-Anhalt macht Druck |2

Alles bleibt so wie gehabt |6

Die Neuen Jutta Fiedler und Hendrik Lange |8

Auf dem Weg in die Mitte |13

Sommeruniversität der EL |14

Termine |15

Programmdebatte

Offen für Grün |7

Kultur

Willi Sitte in Merseburg |10

Landesparteitag

Politische Agenda in Sachsen-Anhalt |11

Kommune

Armut nicht hinnehmen |12

Satire

Abgeordneter v. Aktenrath |15

Liebe Leserinnen und Leser,

■ diskussions- und arbeitsreiche Wochen liegen hinter den Mitgliedern der Linkspartei.PDS, nicht nur in Sachsen-Anhalt. Wir haben mit unseren gewerkschaftlichen Bündnispartnern in der Aktionswoche im September in zahlreichen Städten und Gemeinden für unsere politische Forderung eines gesetzlichen Mindestlohnes geworben. Auf dem 9. Landesparteitag im September war die Gelegenheit zum Zwischenresumee der Mindestlohnkampagne als Teil unserer politischen Agenda für eine gerechtere Arbeits- und Sozialpolitik. Auf dem Weg zur

gemeinsamen deutschen Linken liegt die weitere Bestimmung eben dieser Agenda – die Programmdebatte, in die die Erfahrungen aller gleichberechtigt einfließen müssen und sollen. In diesem Zusammenhang haben die Delegierten in Sachsen-Anhalt einen kontrovers diskutierten Leitantrag zur Programmdebatte mit deutlicher Mehrheit verabschiedet. Als Zeichen dafür, dass diskussions- und arbeitsreiche Zeiten für die Linke weiterhin vor uns liegen.

In diesem Sinne viel Spaß an den Diskussionsbeiträgen in diesem Heft wünscht **Anke Lohmann**

Bündnis Mindestlohn macht Druck!

■ Der in den vergangenen Monaten entwickelte Druck von unten für einen gesetzlichen Mindestlohn zeigt erste Erfolge. 60 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sind für einen gesetzlichen Mindestlohn. Die Bundesregierung versuchte mit der Ausweitung des Entsendegesetzes auf die Gebäudereiniger ihre Bereitschaft zu signalisieren, etwas gegen Dumpinglöhne zu unternehmen. In der SPD nimmt der Druck von links zu, das ist gut. Die neuerlichen Vorschläge sind erst die Tarifpolitik, dann Entsendegesetz ausweiten und wenn das nichts nützt, dann gesetzlichen Mindestlohn. Das reicht nicht aus. Wir wollen noch in diesem Jahr einen gesetzlichen Mindestlohn, davon werden wir nicht abzurücken.

Dazu hat auch die Gründung des Bündnisses für Mindestlohn in Sachsen-Anhalt am 30. Mai 2006 auf Initiative der Linkspartei gemeinsam mit ver.di, GEW, IG BAU und schließlich dem DGB beigetragen. Der gemeinsame Aufruf „Von Arbeit muss man leben können!“, der von vielen Prominenten unterschrieben wurde, ist die Leitlinie des Bündnisses. Unser Bündnis wird damit von der Radsportlegende Täve Schur, Friedrich Schorlemmer, Peter Sodann und dem anhaltischen Kirchenpräsidenten Helge Klasson u.a. unterstützt.

In der Woche vom 18.-24. September 2006 haben wir bereits die zweite Aktionswoche mit über 60 Veranstaltungen durchgeführt. Vielfältige Aktivitäten, öffentliche Foren und Infostände der Kreisverbände und der Gliederungen der WASG, die Aufklärung bringen und Interesse am Thema wecken sollten, fanden statt. Mit einer aktuellen Debatte, die

durch unsere Landtagsfraktion am 15. September 2006 beantragt wurde, haben wir den parlamentarischen Aufschlag für die Aktionswoche gemacht. Wir wollten, dass endlich die Fraktionen des Landtages ihre Positionen im Parlament öffentlich darlegen.

Wir können gemeinsam sehr stolz auf das Erreichte sein, nur so werden wir die Menschen aufklären. Warum soll in Deutschland nicht möglich sein, was bereits in 18 von 25 EU-Staaten möglich ist. Ich danke allen für ihre persönlichen Bemühungen, die Linkspartei.PDS und die WASG im Land Sachsen-Anhalt kann für sich in Anspruch nehmen, der aktivste Teil bei den Aktionen gewesen zu sein. Deswegen sind wir alle weiterhin aufgefordert uns für ein soziales Deutschland einzusetzen.

Auch uns hat der DGB aufgefordert, am 21. Oktober 2006 in Berlin zu demonstrieren und wird Busse dafür bereitstellen. Unter dem Motto „Das geht besser. Aber nicht von allein!“ geht es um die Gesundheitsreform, gegen Rentenkürzungen, gegen einen weiteren Druck auf Arbeitslose, für mehr Ausbildungsplätze, für den Erhalt des Kündigungsschutzes, gegen Steuergeschenke an Unternehmen und nicht zuletzt für einen gesetzlichen Mindestlohn. Es muss eine mächtige Demonstration werden.

www.bündnis-mindestlohn.de



Edeltraud Rogée
Sprecherin im Bündnis-Mindestlohn Sachsen-Anhalt



Fragen an einem bitteren Tag

Der 17. September 2006 war ein bitterer Tag für die Linkspartei.PDS – aber zunächst war er ein gehöriger Dämpfer für Rot-Rot. Und zwar in Berlin wie in Mecklenburg-Vorpommern. Noch 2002, als in Sachsen-Anhalt das Tolerierungsmodell zu Ende ging, erschien das als ein Problem der SPD. Jetzt wissen wir: Die Verluste können auf beiden Seiten eintreten.

Rot-Rot ist nicht am Ende, aber es ist mit seinem Ruf nach menschenwürdiger Arbeit und sozialer Gerechtigkeit an seine landespolitischen Grenzen gestoßen – so der Politikwissenschaftler Claus Leggewie am Wahlabend im Deutschlandfunk.

Zugleich war, so Leggewie weiter, die bürgerliche Opposition aus CDU und FDP nicht in der Lage, eine eigene Alternative aufzubauen. Das spricht dafür, dass die Wählerinnen und Wähler doch eher an Menschenwürde und Gerechtigkeit festhalten. In Berlin kam das den Grünen zu Gute. Im Nordosten der NPD. Das zeigt, wie groß die Gefahr ist, dass Kritik, Protest und auch Antikapitalismus ins Nationalistische, in ein völkisches Staatsverständnis, ins Rassistische und Antisemitische abkippen. Gegen diese Gefahr müssen klare Trennungslinien gezogen werden – und taktische Spielchen sind hier nicht erlaubt.

Schließlich: Nun ist im Osten auch die Linkspartei.PDS vom unstillen Wählerverhalten eingeholt worden. Erst vor kurzem die Partei der Arbeiter und Arbeitslosen geworden, ist sie jetzt nur noch eine der Parteien, die von ihnen stark gewählt werden.

Und die Ostdeutschen? Die Parteipolitiker außerhalb und innerhalb der Linkspartei.PDS sagen: Die ostdeutschen Hochburgen der demokratischen SozialistInnen sind geschleift. Nein, die Frage ist eine andere: Warum haben sich die starken Ost-Milieus in Ost-Berlin, der ehemaligen Hauptstadt der DDR, als politische Kraft weitgehend aufgelöst?

Ich lebe seit Jahrzehnten in Berlin, in Ost-Berlin. Ich glaube nicht, dass der Niedergang mit etwas mehr Wärme gegenüber den ehemaligen DDR-Funktionsträgern oder mit klügerer Argumentation und Öff-

entlichkeitsarbeit zu den Kita-Gebühren aufzuhalten gewesen wäre.

In Berlin trafen und treffen Ost- auf West-Milieus und -Akteure. Die Krise, die 2001 den politischen Wechsel erzwang, war eine von West-Akteuren zu verantwortende Krise. Von West-Akteuren, die politisch zugleich immer auf die Ausgrenzung der Ost-Akteure und auf die Unterordnung der Ost-Milieus gesetzt – und sie so auch auf sich selbst zurückgeworfen, sie auch mental ghettoisiert hatten.

Die ganze Stimmung hatte sich 2001 in einen enormen Hype gesteigert. Es herrschte eine Stimmung, in der alles möglich erschien: Eine neue Politik, die mit allem alten Mist aufräumt. Ein Zeichen, das Deutschland und die Welt versteht: wir in Berlin, wir, die Abhängigen und Geteilten – jetzt zeigen wir es allen. Eine Fixierung insbesondere der Ost-Berliner auf die PDS und auf Gysi – als könnte nun die elf Jahre gefesselte Ost-Partei allen zeigen, wie man es im Handstreich besser macht. Doch schon während der Koalitionsverhandlungen 2001 tauchte das Problem auf, dass man in Regierungs- und damit also Verantwortung für das Ganze übernommen und sich also für Interessenabwägung und -ausgleich einzusetzen hatte. So aber hatten sich große Teile der Ost-Berliner Milieus die Sache nicht vorgestellt. Viele setzten die eigenen Interessen und Werte als das für alle „Vernünftige“ und Richtige – und nahmen es der eigenen Vertretung und zunehmend dem demokratischen System übel, dass im Zuge des politischen Wettbewerbs und der Interessenabwägung sowie der Bewältigung der von den „anderen“ angerichteten Schäden ihre Auffassungen nicht so zum Zuge kamen, wie man es erwartet hatte.

Wählerschelte? Nein. Die PDS war Teil dieser Stimmung, Teil dieser Milieus – und sie hat sich ihrer bedient, ohne sie mitnehmen zu können. Vielleicht aber ist auch die Niederlage vom 17. September ein notwendiger Teil des gemeinsamen Lernprozesses. Andre Brie hat vor Jahren die „Demut der Demokratie“ eingefordert – und ist dafür von vielen verhöhnt

worden. Vielleicht ist jetzt die große Stunde dieser Demut gekommen – auf allen Seiten.

Freilich: Zur Demokratie gehört auch ein klar artikulierter Willen. Die Linkspartei.PDS aber ging in die Landtagswahlen vom September 2006 wiederum in einer Situation offener strategischer Differenzen – wie schon bei der desaströs verlorenen Bundestagswahl 2002. Besonders schrill und unübersehbar zeigte sich der Konflikt zwischen der Berliner Linkspartei.PDS und der Berliner WASG. Aber er bestand auch in der eigenen Partei – außerhalb Berlins gab es meist nur eine auffällig konditionierte, betont kritisch begleitete und an „Auflagen“ für eine Koalitionsneuaufgabe gebundene verbale Unterstützung. Lothar Bisky hat am Wahlabend bei n-tv völlig zu Recht gesagt: Die Kritik an den PDS-SenatorInnen, wie sie aus den eigenen Reihen geübt wurde, war ein Fehler. Dazu kam: Parteien und Parteiungen, die man auf Landesebene als Partner hat und braucht, wurden von außen zugleich offensiv als „neoliberal“ und nicht kooperationsfähig denunziert. Mit diesem ideologischen Muster wurde eine Polarisierung zwischen der Option politische Gestaltung einerseits und der Option Rückzug in eine selbstverliebte Isolation andererseits geschaffen. (Hier liegt die deutlichste Analogie zu 2002.)

Und nun? Es gibt viel zu lernen. Nicht alles ist jetzt automatisch richtig, was vor der Wahl in Debattierclubs und Offenen Briefen gesagt worden ist. Das „strategische Dreieck“ wird nicht dadurch falsch, weil es an einer Ecke eine Niederlage gegeben hat – es wurde auch nicht falsch, als die Montagsdemonstrationen weitgehend zusammengebrochen waren. Lernen – das heißt: Offen sein. Auf die Menschen hören, nicht zuerst auf die eigenen Gewissheiten. Die Wählerinnen und Wähler haben nicht in innerparteiliche Fronten hinein gewählt – sie haben Regierungskoalitionen mit dem Anspruch Arbeit und soziale Gerechtigkeit machtpolitische Grenzen gesetzt – in innerparteilichen Konflikten haben sie nicht Partei ergriffen. Deswegen dürfen wir sie in diesen Konflikten auch nicht instrumentalisieren. Worum es geht, ist das Projekt – das Projekt einer politischen Alternative in Deutschland.



Dr. Thomas Falkner

ist Referent für Grundsatzfragen der Linkspartei.PDS Fraktion im Landtag von Brandenburg.

Am 12. November 2006 findet in Halle (Saale) die Oberbürgermeisterwahl statt. Für die Linkspartei.PDS kandidiert Dr. Bodo Meerheim. Der 46-jährige Familienvater ist Fraktionsvorsitzender der Linkspartei im Stadtrat Halle.

Bodo, Du willst Oberbürgermeister in Halle werden, was reizt Dich an dieser Aufgabe?

Die Stadt Halle ist in einer schwierigen Situation, und es ist ja nicht ohne Unterschied, von welcher Partei jemand ein Amt übernimmt. Ich denke, dass die Linkspartei und ich als Kandidat eine andere Politik machen können, was diese Stadt auch verdient hat. Und ich habe den inneren Wunsch, das auch durchzuführen. Es ist tatsächlich aus der politischen Überzeugung gewachsen, dieses Amt anstreben zu wollen.

Halle hat Dich also verdient. Wo nimmst Du den Mut her, dieses Amt ausfüllen zu können?

Es ist nicht ganz ohne, wenn man verantwortlich ist für so eine große Stadt mit immerhin noch 235.000 Einwohnern und all den Dingen, die eine Stadt zu leisten hat für ihre Einwohnerinnen und Einwohner. Das ist eine mutige Geschichte. Außerdem kommen dazu knapp 4.000 Beschäftigte, direkt oder indirekt bei der Stadt, mit denen man gemeinsam diese Aufgaben angehen muss. Ich denke, in der zehnjährigen Tätigkeit im Stadtrat in den unterschiedlichsten Ausschüssen, vom Jugendhilfe- über den Bildungsausschuss, Hauptausschuss und Finanzausschuss habe ich so viel Einblick gewonnen, dass ich es mir heute zutraue, solch ein Amt bewältigen zu können. Im Übrigen arbeite ich seit zehn Jahren als Geschäftsführer eines kleinen mittelständischen Unternehmens mit 170 Beschäftigten. Das ist nicht ganz vergleichbar, aber man hat einen Aufgaben-Pool, der mit der Führung von Menschen sehr wohl zu tun hat. Zuvor war ich übrigens auch sechs Jahre Geschäftsführer der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Halle, verantwortlich für über 3.500 Mitglieder. Auch dort habe ich Grundlagen erfahren für solch eine Arbeit, die ja auch politischer Natur ist.

Wie wird sich Dein Stil der Amtsführung von Vorgängern unterscheiden? Oder siehst Du Anknüpfungspunkte?

Ich werde zuerst versuchen, ein gesundes Verhältnis aufzubauen zu den Stadträtinnen und Stadträten. Im Rat mit Konfron-

„Diese Stadt hat eine andere Politik verdient.“

Dr. Bodo Meerheim zur Oberbürgermeisterwahl in Halle

tation Politik machen zu wollen ist fehl am Platz. Ich werde auch versuchen, die kommunalen Unternehmen stärker einzubinden in Entscheidungen der Stadt, weil sie die zum großen Teil auch mit schultern müssen. Meine Erfahrung gibt mir auf, nach innen – also in die Verwaltung hinein und mit ihr – kollegialer miteinander umzugehen. Andere Dinge werde ich übernehmen. Da denke ich z.B. an die Stadtteilkonferenzen. Ich will darauf zurückkommen, Bürgersprechstunden durchzuführen. Und ich will so genannte Jugend- und Kindersprechstunden einführen, nicht im Rathaus, sondern dort, wo sich Jugendliche aufhalten, in Schulen oder in Jugendeinrichtungen. Ich bin konsequent dafür, den Bürgerhaushalt einzuführen, auch wenn das sicherlich problematisch ist bei der Haushaltslage. Aber das führt m.E. dazu, dass Bürger für Probleme der Stadt sensibilisiert werden, dass sie mitmachen und auch mitentscheiden. Das halte ich für vernünftig. Wichtig ist, dass die Bürgerbüros weiter fortgeführt werden, und dorthin sogar noch zusätzliche Aufgaben delegiert werden.

Du hast den Delegierten unseres Bundesparteitages ein Papier vorgelegt, in dem Du detailliert und kritisch den Dresdner Verkauf der Wohnungsgesellschaften beleuchtet hast. Konkurrenten im Kampf um das Oberbürgermeisteramt sehen Ähnliches für Halle vor, durch Verkauf der Wohnungsgesellschaften den Stadthaushalt zu sanieren. Wie wird sich ein Oberbürgermeister Meerheim dazu verhalten?

Was ich für den Bundesparteitag geschrieben habe, bleibt richtig, davon rücke ich grundsätzlich nicht ab, aber es kann Situationen geben, in denen Kommunen

in eine schwierige Lage geraten, die sie nicht selbst verschulden. Wir haben voraussichtlich bis 2010 in Halle ein Finanzierungsloch im Haushalt von ca. 320 Mio. Euro. Das ist bei einem Gesamthaushalt von 500 Mio. Euro ein beträchtlicher Betrag, der zu stemmen ist. Ich kann das versuchen, indem ich den Verwaltungshaushalt enger stricke. Ich kann auch andere Wege finden, um den Haushalt zu sanieren. Konkret: Selbst, wenn man alle freiwilligen Leistungen der Stadt auf Null setzte – ich habe dann keine Kultur, kein Theater, kein Museum, kein Bad, keine Bibliothek, keinen Jugendklub, keine Zuschüsse für Projekte mehr – würde ich den Haushalt trotzdem strukturell nicht gedeckelt bekommen. Das bedeutet, ich müsste eigentlich noch pflichtige, sprich gesetzlich übertragene, Aufgaben nach unten fahren. Es ist also sehr schwierig, überhaupt noch Politik machen zu können, zumal auch das Land für die Zukunft avisiert hat, die Zuschüsse für die Kommunen weiter zurückzufahren. Kommen wir zu den Wohnungsgesellschaften. Die sind natürlich jetzt, 15 Jahre nach der Wende und zehn Jahren Abriss von leer stehenden Wohnungen, erstmalig in der Lage, Gewinne zu erzielen. Zumindest eines der beiden Unternehmen, die GWG, gehört zu den besten Ostdeutschlands. Die Frage steht nun: Verkaufe ich ein Unternehmen, welches jetzt beginnt, neben der Erfüllung sozialpolitischer Aufgaben auch noch Gewinn zu machen. Verkauft man so etwas? Es gibt jetzt ein Denkmodell, welches anders aussieht. Wir wollen nicht darangehen, eines der beiden kommunalen Wohnungsunternehmen oder auch beide komplett zu veräußern. Es gibt das Modell, an eine hiesige Bank einen Teil des Unternehmens zu verkaufen, nicht Wohnungen, sondern Anteile am Unterneh-



men, aber unter der Berücksichtigung, dass die Bank nicht mehr als 24,9 Prozent erhält, also auch kein Vetorecht, um so zusätzliche Erlöse für die Stadt zu erzielen; um zu vermeiden, dass an „Heuschrecken“ verhökert wird. Die Banken haben begriffen: Wenn hier die „Heuschrecken“ kommen, wird der Kauf nicht kreditiert über die Bank vor Ort, dann geht ihnen dieses Geschäft verloren. Die hiesigen Banken haben also auch ein Interesse, dass die Wohnungsunternehmen als Ganzes bestehen bleiben und in Zukunft Investkredite von hiesigen Banken bekommen.

Wir haben in der Linkspartei uns zuerst die Frage gestellt, wie viel Wohnungen benötigen wir, um regulierend sowohl im sozialen Bereich, also der Bereitstellung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum, als auch beim Stadtumbau eingreifen zu können. Wenn wir davon ausgehen, wie viel Leute von Hartz-IV, von Arbeitslosigkeit oder von Rentenarmut betroffen sind, dann reden wir hier über ein gutes Drittel der Bevölkerung der Stadt Halle. Und ich bezweifle, dass man da selbst mit 30.000 Wohnungen, die noch im kommunalen Eigentum sind, regulierend eingreifen kann. Nichtsdestotrotz ist es nötig, dass wir Wohnungen in eigener Hand behalten müssen. Davon bin ich fest überzeugt.

Ich bin ja auch Aufsichtsratsvorsitzender einer Wohnungsgesellschaft, der GWG, die im letzten Jahr einen Gewinn von fast 7 Mio. Euro erwirtschaftet hat. Wir haben uns Gedanken gemacht, wie man dem Verkauf aus dem Wege gehen kann. Da

sind verschiedene Ideen geboren worden. Zum Beispiel: Eigenkauf, das heißt die Gesellschaften kaufen dem Gesellschafter sich selbst ab und verbleiben damit in der Kommune. Wir haben nachgedacht, Über-Kreuz-Verkäufe zu tätigen um gleichzeitig Geld in den Haushalt zu spülen. Diese Ideen gingen weiter, vielleicht einen Dritten hinzuzuholen, der Anteile kauft, ohne dass das Wohnungsunternehmen aus kommunalem Eigentum verschwindet. Diese Dinge sind schon über zwei Jahre lang diskutiert worden. Ob die alle in dem Maße greifen werden, können wir noch nicht sagen, hier sind wir in der Diskussion.

Du willst nicht nur zum Oberbürgermeister aufsteigen, sondern hast Dir für diese Saison noch ein anderes Aufstiegsziel vorgenommen.

Schön, dass das erwähnt wird. Ich bin seit fünf Jahren aktiv für den SV Union Halle-Neustadt. Das ist ein Verein, der allen voran eine Handballsektion hat für Frauen und Mädchen, und seit vier Jahren bin ich Präsident dieses Vereins. Ich hab damals den Verein als Präsident übernommen, als er kurz vor dem Abstieg und der Pleite stand. Es ist uns gelungen, das zu verhindern. Die Mannschaft hat inzwischen das Potential, in der ersten Liga zu spielen. Und dieses Ziel wollen wir in dieser Saison angehen.

Zu Deiner unternehmerischen Tätigkeit in der SKV Kita gGmbH...

Ich bin ja nicht alleiniger Geschäftsführer, ich hab ja eine Ko-Geschäftsführerin. Bei

allen Widrigkeiten ist es uns immer gelungen, Beschäftigung zu sichern. Durch geschickte Tarifverträge, durch gute Arbeit, durch Qualifizierung unserer Erzieherinnen, dadurch das Unternehmen bekannt zu machen, und mehr Kinder in unsere Betreuung zu bekommen. Wir haben in zehn Jahren immerhin fünf Kita saniert, von insgesamt zehn. Ich habe damals, als wir gegründet wurden, dafür gesorgt, dass es bei uns einen Betriebsrat gibt. Dann haben wir dafür gesorgt, dass ein gutes Klima entstehen konnte zwischen Arbeitgeber – die Funktion habe ich ja nun mal inne – und der Arbeitnehmerschaft, das macht ungeheuer viel aus.

Geschickte Tarifverträge, das hat heutzutage einen Beigeschmack. Was heißt „geschickter Tarifvertrag“?

Wenn es durch Gesetzesänderungen dazu kam, dass möglicherweise Personal abgebaut werden muss, haben wir versucht, das zu verhindern und über Arbeitszeitverträge zu regeln. Selbst, als wir aus dem Tarifvertrag aussteigen mussten weil wir für anderthalb Jahre darunter bleiben mussten, mit 28 Stunden, hat sich unser Unternehmen gut entwickelt – nach innen auch. Es ist uns gelungen, dass wir in diesem Jahr wieder über 30 Stunden kommen und wir haben zehn, meist junge Mitarbeiter einstellen können.

Was machst Du, wenn Du nicht Politiker, Geschäftsführer oder Präsident bist?

Ich lese gern, ich fahre gern in den Urlaub. Da fahr ich gern im Winter Ski, Abfahrtslauf. Im Sommer möchte ich gern einen Urlaub verbringen, wo ich viel Neues kennen lerne. Und ich bin ein fröhlicher Kleingärtner, das gehört eben zu dem Menschen Meerheim auch dazu.

Treibst Du selbst Sport?

Um abzunehmen. Früher habe ich Handball gespielt. Ziemlich professionell, vier Mal Training in der Woche. Später neben dem Studium habe ich nur noch ein bisschen gebolzt.

Warum willst Du Oberbürgermeister werden?

Ich bin das, was die Stadt braucht. Ich bin Finanzexperte mit einem Faible für soziale Gerechtigkeit.

Vielen Dank und viel Erfolg am 12. November 2006 zur Wahl.

|Frank Baier und Dr. Martin Reso.

Alles bleibt so wie gehabt

Der Haushaltsentwurf der Koalition

Die Landesregierung hat ihren ersten Haushaltsentwurf vorgelegt und es zeigt sich, alles bleibt so wie gehabt. Der Haushalt zeigt keine neuen politischen Schwerpunkte, im Gegenteil: Er setzt konsequent den Kurs der CDU/FDP-Koalition fort. Das strategische Ziel der Koalition auf dem Gebiet der Haushaltspolitik sind die Konsolidierung des Haushaltes und der Abbau der Nettoneuverschuldung bis 2010. Das klingt gut. Solide Haushaltsführung und sparsames Wirtschaften verstehen die Bürgerinnen und Bürger. Dieses Ziel hatte die Vorgängerregierung auch. Erst sollte die Nettoneuverschuldung bis 2006 abgebaut werden und bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2005/06 hieß es dann, ab 2011 werden keine neuen Schulden aufgenommen. Was Paquè nicht geschafft hat, will Bullerjahn nun schaffen. SPD und CDU haben sich in der Koalitionsvereinbarung darauf verständigt, ab 2011 keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Das ehrgeizige Ziel des Finanzministers ist nun 2010 und dem wird im Haushalt 2007 Rechnung getragen. Für 2007 ist eine Neuverschuldung von nur noch 550 Mio. EUR geplant (für 2006 sind es im Nachtragshaushalt 750 Mio. EUR).

Zwar gibt es für 2006 und wahrscheinlich auch für 2007 Steuer Mehreinnahmen. Doch je mehr wir selber an Steuern einnehmen, desto weniger bekommen wir von den anderen Ländern im Rahmen des Länderfinanzausgleichs. Der Umfang des Haushaltes verringert sich, denn es kann nur das ausgegeben werden, was eingenommen wird. Die Ausgaben des Landes müssten auf den Prüfstand, da der Spielraum des Landes begrenzt ist. Einerseits können konsumtive Ausgaben nur bis zu einem bestimmten Punkt reduziert werden, da es einen hohen Bindungsgrad durch bundesgesetzliche Regelungen gibt. Andererseits gibt es durch die EU und den Bund erhebliche Drittmittel im Investitionsbereich, für die allerdings Gelder zur Kofinanzierung bereitgestellt werden müssen.

Und deshalb hat es sich die Landesregierung ganz einfach gemacht, von den 200 einzusparenden Millionen EUR sollen 170 Mio. EUR die Kommunen erbringen und

das obwohl es immer weniger Kommunen im Lande gibt, die einen ausgeglichenen Haushalt haben. Abgesehen davon, dass die künftige Struktur der Landkreise ineffizient und damit letztlich auch zu teuer ist, haben die Kreise auch noch die Kosten für die vorgezogenen Kommunalwahlen zu tragen. Für den Landkreis Mansfelder Land z.B. sind das für 2006 und 2007 rund 90.000 EUR, die unter den Augen der Kommunalaufsicht nur noch durch tiefgreifende Eingriffe bei den freiwilligen Ausgaben erbracht werden können.

Besonders problematisch ist aus Sicht der Linkspartei die von der Koalition geplante Beteiligung der Kreise an den Kosten der überörtlichen Sozialhilfe. In der vergangenen Legislaturperiode entschieden CDU/FDP, die Sozialhilfe auf der Landesebene in der Sozialagentur zu zentralisieren. Dies wird dem Land nun zu teuer, deshalb sollen sich die Kommunen mit rund 27 Mio. EUR an dieser Aufgabe beteiligen, auch wenn es nicht ihre Aufgabe ist.

Einsparungen des Landes werden also eindeutig zu Lasten der öffentlichen Daseinsvorsorge im kommunalen Bereich gehen, denn die Steuer Mehreinnahmen der Kommunen verteilen sich äußerst ungleichmäßig. Außerdem müssen auch sie ihren Schuldenstand reduzieren.

Einsparungen soll es auch künftig im Personalbereich geben. Der Finanzminister will, wie er allerdings in der Opposition verkündet hat, pro Jahr 2.000 Stellen einsparen und 250 Neueinstellungen ermöglichen. Ein Personalentwicklungskonzept der Landesregierung fehlt. Langfristig lässt sich Personal nur mit einer Neustrukturierung der öffentlichen Aufgaben reduzieren. Das aber ist mit einer dreistufigen Verwaltung kaum zu realisieren.

Der Finanzminister betonte, dass es keine Kürzungen im Bildungsbereich gibt. Das stimmt. Es gibt sogar durch die veränderten Ansätze in der EU-Förderung die Möglichkeit, mit EU-Geldern Schulen und Kindertagesstätten zu sanieren.

Und doch ignoriert der Haushaltsentwurf der Landesregierung aus der Sicht der Linkspartei.PDS die sozialen und ökonomischen Probleme gerade in diesem Bereich. Nach Aussage der Bundesagentur für

Arbeit leben in Sachsen-Anhalt rund 77.000 Kinder unter 15 Jahren vom Sozialhilfefesatz, das sind über 29 Prozent aller Kinder im Land. Kinderarmut werden wir nur mit landespolitischen Mitteln nicht lösen können und doch bleiben wir bei unserer Forderung, allen Kindern unabhängig ihrer sozialen Herkunft, den Weg zu Bildungs- und damit Zukunftschancen zu eröffnen. Und dieser Weg beginnt mit dem Anspruch aller Kinder auf einen Ganztagsplatz in der Kindertagesstätte. Die Kosten von rund 25 Mio. EUR bei dem gegenwärtigen Finanzierungssystem wären eine Investition in die Zukunft. Eine solche Investition wäre auch eine entsprechende Ausstattung unserer Hochschulen. 2007 verlässt ein doppelter Abiturjahrgang die Schulen. Sie brauchen Angebote für die Zukunft im Land. Ansonsten werden sich die letzten geburtenstarken Jahrgänge gegen Sachsen-Anhalt entscheiden. Doch die Landesregierung stellt für die Hochschulen ganze 250.000 EUR für 2007 bereit, um den möglichen Studienandrang zu bewältigen. Bei ungefähr 8.000 zusätzlichen Abiturienten sind das pro Kopf ca. 30 EUR. Mit diesem Geld können knappe vier Professoren bezahlt werden oder jede Hochschule bekommt eine halbe Mitarbeiterstelle, um das Elend zu verwalten. Gleichzeitig sinken die Etats der Hochschulen entsprechend den Zielvereinbarungen.

Die Grundbotschaft dieses Haushaltsentwurf reduziert sich auf den Abbau der Nettoneuverschuldung zu Lasten der Kommunen und den Verzicht, wirkliche Prioritäten für eine nachhaltige Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalts zu setzen. Die Fraktion der Linkspartei.PDS wird sich in den Haushaltsberatungen für Änderungen zu Gunsten der Kommunen und dem gesamten Bereich der Bildung einsetzen.



Dr. Angelika Klein

ist Finanzexpertin der Fraktion der Linkspartei.PDS im Landtag Sachsen-Anhalt.

Offen für Grün – Klammer zwischen Ost und West

Die Linkspartei muss ihr eigenes Spektrum in Ost und West erweitern und brachliegende Potentiale nutzen, um der Entwicklung der Linken neue Impulse zu geben

■ Mit der Bundestagswahl und dem Einzug der Fraktion Die Linke in den neuen Bundestag wurde ein wichtiger Schritt hin zur Implementierung einer starken Linken in Westdeutschland getan, jedoch bedeutet dieser Erfolg nicht unbedingt den strukturellen Durchbruch im Westen. Auch wenn die Formierung der Linkspartei als klassische Vertreterin der Arbeitnehmerinteressen die Lücken, die die SPD im gewerkschaftlichen Milieu hinterlassen hat, füllen will und füllen wird, reicht dies nicht aus für ein sicheres Ergebnis über fünf Prozent im Westen bei zukünftigen Wahlen.

Um an die alten Erfolge aus der letzten Bundestagswahl anknüpfen zu können, ist es für die Linkspartei wichtig, sich inhaltlich weiter zu profilieren und kulturell zu öffnen. Bedingung dafür ist eine Erweiterung der Kommunikation, aber auch

der Politik und des Vermittlungsstils, denn die Linke muss neben den traditionellen Arbeitermilieus in die großstädtischen Hochburgen eindringen, in denen die höher gebildeten Schichten grün wählen. Diese sozialen Gruppen leben zum Teil noch in gesicherten sozialen Verhältnissen, aber auch sie sind mittlerweile massiv von sozialem Abstieg betroffen. Diesem Klientel sind Themen wie Gerechtigkeit, Frieden, Weltoffenheit und Solidarität wichtig, also Anknüpfungspunkt für linke Politik. Dennoch werden diese Werte offensichtlich nach wie vor oft mit den Grünen verbunden und das ist bemerkenswert, stehen jene doch in ihrer Realpolitik nicht mehr dafür.

Die Linke muss sich also fragen, warum das so ist und analysieren, wie sie neue Potenziale nutzen kann. So wird die Unsicherheit und Gefahr des sozialen Ab-

stiegs, von dem die Milieus der Akademiker, Studenten und des Bildungsbürgertums zunehmend betroffen sind, einen Zugang wahrscheinlich erleichtern. Jedoch muss sich unabhängig davon die Linke in eine scharfe Auseinandersetzung mit SPD und den Grünen um die kulturelle Hegemonie begeben, um die Klientel zu erreichen, die für alternative und linke Politikkonzepte offen sein könnte. Um aber oben genannte Schichten inhaltlich und kulturell anzusprechen, sind beispielsweise die Herausarbeitung, Unterstreichung und Verteidigung des Alleinstellungsmerkmals der Linken, nämlich die unlösbare Verbindung der freiheitlichen und der sozialen Grundrechte sowie mehr diskursiv angelegte Positionierungen nötig.

Wir brauchen eine massive innenpolitische Profilierung der Linken und bewusste Ansprache des grünen Wählerspektrums. Unser Agieren muss sich darauf ausrichten, die Interessen von Arbeitnehmern wie Arbeitslosen eben nicht gegen die der Studenten oder Lehrer, wie es verbreitete Herrschaftspraxis ist, gegeneinander auszuspielen, sondern beides zum Gegenstand von Politikkonzepten zu machen und gezielt die Schnittmengen und verbindenden Elemente zu suchen. Hier können auch die Erfahrungen des Ostens hilfreich zum gegenseitigen Verständnis beitragen.

Gelingen kann das, wenn zu der inhaltlichen auch die kulturelle Komponente hinzu kommt und sich einfügt in ein Spektrum neuer, unangepasster (Jugend)kultur, Subkultur und Aktion. Dann eröffnen sich für die Linke Horizonte, um nicht nur die Grünen in die Zange zu nehmen, sondern auch eine Klammer zwischen Ost und West zu sein.

Jan Korte auf Kreistour 2006 in Wernigerode



Jan Korte
ist Mitglied des
Partei Vorstandes der
Linkspartei.PDS.

Die Neuen

Jutta Fiedler und Hendrik Lange gehörten im März 2006 zu den Kandidaten für die Linkspartei, die zum ersten Mal in den Landtag von Sachsen-Anhalt gewählt wurden. Nach einem halben Jahr hat klartext sie zu ihren Erfahrungen als Abgeordnete befragt. Beide engagieren sich auf dem Gebiet der Bildungspolitik, mit unterschiedlichen Schwerpunkten und an unterschiedlichen Wegstrecken ihrer beruflichen und politischen Biographie. Jutta Fiedler hat fast vier Jahrzehnte als Lehrerin bzw. in der Lehrerbildung gearbeitet und ist in der WASG organisiert. Hendrik Lange kam über die Studierendenproteste in Halle zur Linkspartei und hat 2005 sein Biologiestudium abgeschlossen.



Jutta Fiedler

■ Liebe Jutta, was hatte Dich zur Kandidatur für den Landtag Sachsen-Anhalt bewegt?

„Eine andere Politik ist möglich!“ Dieser Satz und mein Gefühl für soziale Gerechtigkeit haben mich 2005, als die damalige SPD-Regierung den Abbau der sozialen Leistungen immer unverschämter betrieb, nach lebenslanger Parteiabstinenz zur WASG geführt. Erst einmal für Politik und Parteien sensibilisiert begann ich mich auch aktiv zu engagieren. Der Kreisverband Halle-Süd hat mich schließlich

ermuntert, mich auf der offenen Liste der Linkspartei.PDS für eine Kandidatur zur Landtagswahl zu bewerben. Ich wusste: Bildungsentscheidungen werden in Länderrhöhe getroffen, dafür werden im Landtag die Weichen gestellt. Dort meine Erfahrungen als Lehrerin und Lehreraus- und -fortbildnerin einzubringen und Entscheidungen für eine neue Qualität in Schule und Unterricht durchzusetzen war (und ist immer noch) mein Ziel.

Wie erklärst Du auf Nachfrage Deine Tätigkeit als Abgeordnete?

Abgeordneter in einer Demokratie sein heißt: Die Wahlberechtigten übergeben dem Kandidaten, den sie wählen, einen Auftrag, das heißt, sie „ordnen ihn ab“. Mein Auftrag ist, für soziale Gerechtigkeit zu streiten. Das tue ich nun auf bildungspolitischem Gebiet im wörtlichen Sinne, denn zum Beispiel einen Antrag im Plenum des Landtages einzubringen heißt Streit. Als Mitglied der Oppositionsfraktion wird man dort auf jeden Fall von den anderen Fraktionen angegriffen. Das kostet Kraft. Aber Aufträge auszuführen kostet überall Kraft.

Was war die größte Veränderung für Dich seit dem Wahltag?

Verändert hat sich mein Umgang mit Zeit

– oft sogar parallele Termine zu haben, dadurch immer wieder jemanden durch Absagen enttäuschen zu müssen, ständig auf Achse zu sein zwischen Halle, Magdeburg und Sangerhausen sowie anderen Orten: das bringt mir einen äußeren und inneren Un-Ruhestand. Ich hatte mich vorher im Vor-Ruhestand schon zu Hause „eingrichtet“.

Was hat Dich am meisten überrascht?

Drei Dinge:

1. Es bleibt so gut wie keine Freizeit mehr übrig. Den Zustand kannte ich zwar von meinen Arbeitsjahren, aber dass mich die Termine noch einmal so überrollen, habe ich nicht vermutet.
2. Sachverwägungen spielen in der parlamentarischen Debatte oft eine untergeordnete Rolle. Mitunter wird sogar eine einleuchtende und vernünftige Sache von den anderen Fraktionen oder den Regierungsvertretern bewusst missverstanden, um sie angreifen zu können. Solche Angriffe machen leider auch vor persönlichen Beleidigungen nicht halt.
3. In der Koalitionsfraktion gibt es ehrliche SPD-Mitglieder, die auch in der Parlamentsdebatte offen sagen, dass ihnen der Koalitionszwang nicht schmeckt. Ob sie sich diesem Zwang dann doch beugen? Na klar. Aber immerhin ...

Wie beurteilst Du heute die Gestaltungsspielräume in der Politik?

Zwei Dinge finde ich richtig mies:

1. Die direkten Ergebnisse im Abstimmungsverhalten des Landtags haben mich ernüchert. Ein auf Parteizugehörigkeit beruhendes Gegeneinander-Gezänk dominiert zwischen den Fraktionen.
2. Ich verstehe nicht, warum die Bevölkerung so wenig die Sprechstunden der Abgeordneten annimmt. Man sollte die Abgeordneten viel mehr verpflichtet, sich um die Sorgen des Volkes zu kümmern. Dazu bräuchten die Abgeordneten mehr Zeit für ihren Wahlkreis.

Zwei Dinge finde ich richtig gut:

1. Unsere Fraktion der Linkspartei.PDS sieht ihre Oppositionsaufgabe nicht vordergründig im Dagegen-Sein; wir wollen vernünftige Dinge durchaus auch mit voranbringen – natürlich ohne uns zu verbiegen. Ich denke jetzt viel daran, was ich mal gelernt habe: Wenn wir „Wem nützt es?“ fragen, gibt es oft klare Antworten auf knifflige Probleme im politischen Geschehen. Oft aber auch nicht; Globalisierung und trickreiches Profitverhalten erfordern mitunter dort Konsens, wo man lieber anders entscheiden würde.

2. Die Linke – bundesweit gesehen auch durch die Existenz meiner Partei, der WASG – hat schon allein durch ihr Da-Sein bewiesen, dass Unsoziales nicht so einfach durchzusetzen ist, und kann manches auch außerparlamentarisch erkämpfen.

Wie ist die Zusammenarbeit in der Fraktion zwischen den Abgeordneten der WASG und der Linkspartei?

Klasse! Zumindest hier in Sachsen-Anhalt – das ist wohl in der Frage gemeint. Wenn

das überall so wäre, hätte die Presse nicht so viel Negatives zu berichten. Die Linke gehört zusammen. Auch hier braucht man nur zu fragen: Wem nützt es, wenn die Linke sich zerstreitet? Nur die absolute Mehrheit in einem Parlament ermöglicht der regierenden Partei ihre Vorstellungen und Programme zu gestalten. Aber auch das wird nur dann gelingen, wenn sie durch Opposition, außerparlamentarische Opposition, Gewerkschaften und Bürgerbewegungen wenig Widerstand be-

kommt. Eine starke linke Kraft im Land ermöglicht das Durchsetzen von sozialpolitischen Forderungen und eine gerechtere Politik gegenüber den sozial schwächeren Bevölkerungsschichten. Dazu gehört auch eine Bildungspolitik, die jedem die gleiche Chance gibt, mögliche Lebensziele unabhängig von seiner sozialen Herkunft zu erreichen.



Hendrik Lange

Lieber Hendrik, was hatte Dich zur Kandidatur für den Landtag Sachsen-Anhalt bewogen?

Ich komme ja aus der Studierendenvertretung und habe in den Unigremien mitgearbeitet.

Somit habe ich mich natürlich für Hochschulpolitik interessiert. Diese wird fast komplett auf Landesebene gemacht. Da die Mittel, die man als Studierendenvertreter hat, zwar das schlimmste aufhalten konnten, aber ansonsten wenig Einfluss beim aktiven Gestalten ließen, wollte ich meine Ideen und Überzeugungen ins Parlament einbringen.

Wie erklärst Du auf Nachfrage Deine Tätigkeit als Abgeordneter?

Sie besteht darin, durch den Kontakt mit vielen Menschen gesellschaftliche Angelegenheiten zu erkennen und diese im Zusammenhang mit dem Politikansatz

und –anspruch der Linkspartei ins Parlament einzubringen. Dazu stehen uns „Instrumente“ wie Anfragen und Anträge zur Verfügung. Hinzu kommt, dass man mit dem erlangten Wissen die Politik der Partei auch weiter entwickelt. Zudem gilt es natürlich, politische Zusammenhänge aber auch unsere Lösungen auf drängende Fragen den Bürgern zu vermitteln.

Was war die größte Veränderung für Dich seit dem Wahltag?

Dass ich zunehmend als „Landtagsabgeordneter“ wahrgenommen und darauf angesprochen werde. Oft ist man dadurch „halboffiziell“ unterwegs wo man früher ganz privat war.

Was hat Dich am meisten überrascht?

Dass ich die konstituierende Sitzung als einer der beiden jüngsten Abgeordneten als Schriftführer neben dem Alterspräsidenten begleiten durfte.

Wie beurteilst Du heute die Gestaltungsspielräume in der Politik?

Es gibt sie. Allerdings bilden Sachzwänge, die durch Entscheidungen auf anderen Politikebenen (z.B. Bund, EU) geschaffen werden, auf der Landesebene ein viel zu enges Korsett.

Wie ist die Zusammenarbeit in der Fraktion zwischen den Abgeordneten der WASG und der Linkspartei?

Sehr gut! Übrigens auch die Arbeitsatmosphäre.

Vielen Dank, liebe Jutta und lieber Hendrik.

|Die Fragen stellte Anke Lohmann.

November Konferenz Gentechnik – Top oder Flop?

VI. John-Desmond-Bernal-Tag 24. und 25. November 2006

»Gentechnologie« ist in Deutschland ein Reizwort, das sowohl heftigste Diskussionen auslöst als auch unterschiedlichste Aktionen, z.B. die Zerstörung von Feldern bei Freilandversuchen. In Sachsen-Anhalt findet sich eine deutschlandweit hohe Konzentration von Forschungen auf diesem Gebiet. Mit diesen Einrichtungen verbinden sich Hoffnungen auf geförderte Projekte, Arbeitsplätze, auf Innovationen in der Wissenschaft, die allen Menschen zugute kommen sollen. Zugleich sind sie umstritten mit Hinweis auf langfristige unerwünschte Begleitfolgen. Die Konferenz »Gentechnologie – Top oder Flop?« soll vor diesem Hintergrund ein Forum zur Information über diese Technologien und ihre derzeitigen realen Möglichkeiten bieten. Vor allem geht es aber darum, zum Mit- und Nachdenken über das Spannungsfeld von Chancen und Risiken aufzufordern.

Tagungsort:

TGZ Technologie- und Gründerzentrum Halle
Weinbergweg 23, 06120 Halle (Saale)

Teilnahmebeitrag (am Tagungsort zu entrichten) 35 EUR (20 EUR Studenten/Arbeitslose) mit Bus und Übernachtung im Hotel Maritim Halle, Riebeckplatz 4 (nur mit Anmeldung), 15 EUR (10 EUR Studenten/Arbeitslose)

Anmeldung:

Dr. Viola Schubert-Lehnhardt
Tel. 0345 8054850
gs.halle@bildungsverein-elbe-saale.de
Dr. Klaus Meier
Tel. 030 44310-145 meier@rosalux.de



Willi Sitte in Merseburg

■ In Merseburg wird ein Querschnitt von Schlüsselwerken Willi Sittes gezeigt, Gemälde von kurz nach dem 2. Weltkrieg bis nach 2000, eine Auswahl von Grafiken und Zeichnungen, die ältesten aus seiner Soldaten- und Partisanenzeit in Norditalien. Natürlich ist das wichtige Bild der „Rufenden Frauen“ im Gedenken an die faschistischen Massaker von Lidice und Oradour zu sehen. Wenn man sich Zeit nimmt und gar eine Führung gönnt, sind es zwei Stunden überraschenden Kunstgenusses und man verlässt die Ausstellung mit dem Eindruck: So habe ich mir Sitte gar nicht vorgestellt.

Professor Sitte und seine Familie haben sich entschieden, ihr noch im Familienbesitz befindliches Werk in eine Stiftung zu geben, um es zu pflegen, kunstwissenschaftlich zu bearbeiten und in wechselnde Ausstellungen der Öffentlichkeit zu zeigen. Die augenblicklich noch gezeigte große Retrospektive wird nach spätestens einem Jahr durch eine neue Ausstellung ersetzt.

Die Galerie wird bald den 10.000 Besucher begrüßen können. Es waren auch viele junge Leute da, die zum Teil das Glück hatten, vom Meister selbst geführt zu werden.

Merseburg hat zugegriffen, als die Stiftungsidee entstand. Als ehemaliger Stif-

tungsvorsitzender habe ich inzwischen auch von Merseburg ein neues Bild:

Die Altstadt und das an den Schlossgarten angrenzende Viertel Oberaltenburg, Dom und Schloss, das restaurierte Kapitelhaus mit seinen mittelalterlichen Kulturschätzen, der Blick auf die Saale, die romanische Neumarktkirche machen Merseburg zu einem lohnenden Ausflugsziel. Merseburg ist eine Entdeckungsreise wert.

Willi Sitte bleibt umstritten wegen allem, was mit seiner Präsidentschaft des Verbandes Bildender Künstler der DDR und als Abgeordneter der Volkskammer usw. zusammenhängt. Er war immer überzeugter Kommunist. Wendehalsigkeit war ihm zeitlebens fremd, auch in der DDR ist er eigenwillig seinen künstlerischen Weg gegangen.

Bei der Festveranstaltung im Februar 2006 hat Ministerpräsident Professor Wolfgang Böhmer eine große Rede gerade zum Abbau von Vorurteilen gehalten. Willi Sitte wird sich als Künstler durchsetzen. Die großen Kunstmuseen gerade auch in Ostdeutschland werden wieder Sitte und andere wichtige DDR-Künstler aus den Depots holen und zeigen.

In so großer Geschlossenheit ist Willi Sitte vorerst allerdings nur in Merseburg zu sehen.

**Willi-Sitte-Galerie
Domstr. 15**

06217 Merseburg

Tel.: 03461 212231

Fax: 03461 823656

info@willi-sitte-galerie-merseburg.de

www.willi-sitte-galerie-merseburg.de

Öffnungszeiten:

Di - Do 10 - 18 Uhr

Fr - So 10 - 17 Uhr

Mo geschlossen

Führungen sind möglich.

Eintritt: 3,50 Euro; Schüler, Studenten, Schwerbehinderte 2,00 Euro

Zustiftungen und Spenden sind steuerlich absetzbar. Spendenbescheinigungen bei Angabe der Adresse.

Kontoverbindung für Spenden:
Kreissparkasse Merseburg-Querfurt
BLZ: 80050500

Kto: 3310001210

Dr. Jürgen Weißbach engagiert sich für die Willi-Sitte-Stiftung und war der erste Stiftungsvorsitzende.

Politische Agenda in Sachsen-Anhalt

Linkes Profil in neuen Kreistagen

■ Mit der beschlossenen Kreisneugliederung 2007 werden außer in den Altmarkkreisen und der Landeshauptstadt Neuwahlen erforderlich. Kommunale Mandatsträger werden künftig für eine viel größere Region verantwortlich sein. Die Bürgerinnen und Bürger müssen in den nächsten Jahren erst mit ihrem neuen Kreisen heimisch werden und die Kreis- und Stadträte werden über eine längere Zeit, bis 2014, ihr Mandat ausüben. Auch hinsichtlich der Rahmenbedingungen wird die Arbeit nicht leichter.

Auf der 5. Tagung des 9. Landesparteitages der Linkspartei.PDS, am 24. September 2006, haben die Delegierten ein kommunales Rahmenwahlprogramm beschlossen. Unter dem Titel „Für stärkere Kommunen, demokratisch, sozial gerecht, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig“ wurden die Eckpunkte linker Kommunalpolitik diskutiert, die es nun in den einzelnen Wahlprogrammen konkret auszugestalten gilt. Allorts soll linke Kommunalpolitik an zwei Punkten erkennbar sein, die für alle Konzepte und Aktivitäten gelten sollen:

1. Sollen die kommunalpolitischen Entscheidungen stärker mit den Akteuren vor Ort getroffen werden. Das heißt, sie sollen so umfassend wie möglich mit Bürgerinnen und Bürger, mit Vereinen, Verbänden, Institutionen und mit der Wirtschaft vorbereitet und umgesetzt werden. Wir wollen also das Leitbild der Bürgerkommune als Markenzeichen linker Kommunalpolitik fest im kommunalpolitischen Alltag verankern. Linke Kommunalpolitik ist Politik zum Mitgestalten.

2. Wollen wir jede kommunalpolitische Entscheidung auf den Prüfstand der sozialen Gerechtigkeit stellen. Soziale Gerechtigkeit bedeutet nicht, dass von jeder Entscheidung alle gleich viel betroffen sein werden oder profitieren können. Stets ist zu hinterfragen, ob und inwiefern die Chancengleichheit für Benachteiligte gesichert oder weiter verbessert werden kann. Einen Schwerpunkt bilden dabei die Lebensbedingungen von Kin-



dern und Jugendlichen, von denen im Land fast ein Drittel in Armut leben.

In einem zweiten Teil bezieht die Linkspartei.PDS noch einmal Stellung zu den Vorhaben der Landesregierung zur Kreisneugliederung, zur Bildung von Einheitsgemeinden und zur Kommunalisierung von Landesaufgaben. Mittelfristig wird das Land nicht um die Bildung von Regionalkreisen herumkommen, die jetzige Kreisgebietsreform ist nur ein aufwendiger Zwischenschritt. Bei den gemeindlichen Strukturen stehen wir auf dem Standpunkt, dass zwei Modelle zugelassen werden sollten – die Einheitsgemeinde und eine qualifizierte Verwaltungsgemeinschaft, die die Anzahl von 10 Mitgliedsgemeinden nicht überschreiten und Aufgaben von überörtlichem Charakter freiwillig in die Hand des Gemeinschaftsausschusses legen sollten.

Der Beschluss des Parteitages hat eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen, dass die Linkspartei.PDS für die kommenden Wahlen gut aufgestellt ist.

Dr. Helga Paschke ist Expertin für Verwaltungsmodernisierung in der Fraktion der Linkspartei Sachsen-Anhalt.

Offen für den Dialog

■ Wohl selten hat ein Leitantrag des Landesvorstandes so viele gegensätzliche Reaktionen ausgelöst wie der auf dem Landesparteitag in Sachsen-Anhalt verabschiedete. Nach einer langen Debatte und öffentlichen Positionierungen im Vorfeld fiel das Abstimmungsergebnis deutlich für den Antrag „Offen für Veränderung - offen für den Dialog“ aus. Damit haben die Delegierten unser Anliegen unterstützt, innerhalb der Programmdebatte einen Beitrag vorzulegen, der aus den politischen Erfahrungen und Positionierungen des Landesverbandes resultiert. Damit ergänzt er nicht nur die bisher vorliegenden Papiere, sondern setzt auch andere und zum Teil neue Schwerpunkte für die künftige gesamtdeutsche Linke.

Wir wollen, dass im Zuge des gemeinsamen Parteibildungsprozesses die programmatischen Fragen nicht hintengestellt werden. Und wer sich einmal die Mühe macht, die programmatischen Eckwerte aus der Steuerungsgruppe neben unseren Leitantrag zu legen wird feststellen, dass wir nicht im Nebel gestochert haben, sondern die dort gestellten Fragen aufgreifen. Die Antworten aus unserer Sicht erheben weder den Anspruch auf Vollständigkeit noch auf Endgültigkeit. Eine Auseinandersetzung mit diesen Problemen ist aber notwendig, um das Selbstverständnis der neuen Linken zu bestimmen.

Die Diskussion auf dem Programmkonvent in Hannover hat deutlich gemacht, dass wir derzeit noch weit davon entfernt sind. Ein Selbstverständnis, das nahezu ausschließlich aus der Abgrenzung zu allem „Neoliberalen“ und der oberflächlichen Debatte um Regierungsbeteiligungen resultiert und eine fast ausschließlich auf die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen reduzierte Programmatik, wie es in Hannover mehrfach zu hören war, sind nicht zukunftsfähig für eine starke Linke. Wir haben im Jahr 2007 mehrere Landtagswahlen in den alten Bundesländern und im Jahr 2009 bereits die nächste Bundestagswahl. Die Zeit dafür, programmatisch gut aufgestellt zu sein, ist verdammt kurz. Deshalb müssen wir es jetzt gemeinsam anpacken.

Dr. Achim Bittrich ist stellvertretender Landesvorsitzender der Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt.

Armut nicht hinnehmen!

Ein Bericht aus der Altmark

Seit dem 1. Januar 2005 ist das SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende – in Kraft. Dieses Datum markiert eine tiefe Zäsur in der Leistungsgewährung für Arbeit suchende Menschen und ihre Angehörigen. Insbesondere Kinder müssen derzeit eindeutig als Verlierer von Hartz IV angesehen werden. Entsprechend den neuesten Zahlen des Kinderschutzbundes leben derzeit 2,5 Millionen Kinder auf Sozialhilfeniveau. Damit hat sich die Zahl seit Einführung der Hartz IV-Gesetze fast verdoppelt.

Es ist überhaupt noch nicht abzusehen, was es für ein Gemeinwesen bedeutet, wenn ca. ein Drittel seiner Kinder auf einem Einkommensniveau leben muss, das es faktisch von ganz alltäglichen, normalen gesellschaftlichen Vollzügen ausschließt, auf einem Einkommensniveau, das keinen Musikunterricht, keinen Sportverein, keinen Zoobesuch, keinen Computerkurs und nicht einmal Nachhilfeunterricht zulässt, wenn dieser notwendig sein sollte.

Die Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes „Zu wenig für zu viele“ – Kinder und Hartz IV aus dem Jahre 2005 zeigt deutlich, dass das Land Sachsen-Anhalt unter den Flächenländern Deutschlands einen traurigen Spitzenplatz einnimmt, wenn hier über ein Viertel aller Menschen unter 15 Jahren von Sozialgeld leben müssen.

Die Altmark stellt in diesem Zusammenhang in Sachsen-Anhalt eine Besonderheit dar. Fast doppelt so groß wie das Saarland, aber mit nur einem Viertel der Einwohner hat der Nordteil Sachsen-Anhalts besonders große Probleme. So waren entsprechend der Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes im Juli 2005 15,3 Prozent der Einwohner des Landkreises Stendal Empfänger von ALG II, gleichzeitig waren 26,9 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren auf Sozialgeld angewiesen.

„Theater ist Bildung, und Bildung und Kultur sind ein Grundnahrungsmittel und deshalb unverzichtbar“. Das hatte Sten-

dals Oberbürgermeister im Sommer 2005 während der Präsentation des neuen Spielplanes des Theaters der Altmark erklärt. Was er zu diesem Zeitpunkt nicht wusste (oder wissen wollte), immer mehr altmärkische Familien können sich das „Grundnahrungsmittel Theater“ nicht mehr leisten.

Obwohl die Landesregierung Sachsen-Anhalt die Unterstützung von Kindern und Eltern als ein wichtiges Anliegen formuliert hat, muss man heute einschätzen, dass die Familienpolitik ihre Wirkung verfehlt hat. Wie die Antwort der Landesregierung auf eine entsprechende Anfrage der Fraktion der Linkspartei mitteilte, blieben von den im Landeshaushalt 2005/2006 eingestellten Mitteln bislang fast 90 Prozent ungenutzt.

Die wirtschaftliche Situation ist regional unterschiedlich, die im Landesförderprogramm formulierten Bedingungen lassen viele Familien abschrecken und der „Landesfamilienpass“ geht an den realen Bedürfnissen der Betroffenen vorbei. Kreise, Städte und Gemeinden können innerhalb ihrer Kompetenzen differenzierter und wirksamer auf die regionalen und familien-spezifischen Bedarfslagen eingehen und bereits vorhandene Maßnahmen effizient zusammenfassen. Eine tatsächliche Alternative der bisherigen Landesfamilienförderung wäre es, die Mittel zweckgebunden den Landkreisen und kreisfreien Städten zur Verfügung zu stellen.

Eine weitere Möglichkeit sieht die Kreis-tagsfraktion Die Linkspartei.PDS-Bündnis 90/Die Grünen in der Einführung eines Sozialpasses im Landkreis Stendal. Er könnte die bereits vorhandene Vielfalt vorhandener Leistungen der Kommunen und anderer Träger bündeln und erweitern, den Berechtigten die Leistungen einfach und unbürokratisch anbieten, die Lebensqualität der Betroffenen verbessern und gleichzeitig die Attraktivität der Kommunen fördern. Durch den Sozialpass sollen finanzielle Erleichterungen gewährt werden, die es den Betroffenen ermöglichen, gleichberechtigt am sozialen, kul-

turellen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und Benachteiligungen abzubauen.

Nachdem der Antrag unserer Fraktion im November 2005 zur Beratung in die Ausschüsse verwiesen wurde, steht er am 14. September im Kreistag zur Beschlussfassung auf der Tagesordnung. Leider zeichnet sich sowohl aus der Verwaltung, den Ausschüssen und den anderen Fraktionen des Kreistages eine mehrheitliche Ablehnung ab. Die Begründungen liegen insbesondere im angeblich hohen Verwaltungsaufwand, den Kosten für den Landkreis und Mindereinnahmen der Einrichtungen. Sollte es zu einem negativen Beschluss kommen ist die Fraktion im Kreistag entschlossen, gemeinsam mit dem Kreisverband nach Prüfung aller rechtlichen Fragen und der Suche nach Partnern für ein breites Bündnis ein Bürgerbegehren mit dem Ziel durchzuführen, die Einführung dieses Sozialpasses mittels eines Bürgerentscheides durchzusetzen.



Günter Rettig

ist Fraktionsvorsitzender der Fraktion Die Linkspartei.PDS-Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag des Landkreises Stendal.

Impressum

klartext

Magazin der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt

Herausgeber: Landesvorstand Linkspartei.PDS

Redaktion: Anke Lohmann (Leitung), Dr. Thomas Drziszga (V.i.S.d.P.), Monika Krüger, Sven Barquet, Matthias Gärtner, Oliver Müller, Dr. Martin Reso, Joachim Spaeth

Druck: Harzdruckerei, Wernigerode

Auflage: 5.800 Exemplare

Preis: Spende

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 1. Oktober 2006. klartext erscheint einmal im Quartal. Das Magazin ist erhältlich in allen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt. Für unverlangt eingesandtes Bild- und Textmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich bei Leserbriefen das Recht Sinn wahrer Kürzungen ausdrücklich vor. Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Anschrift: Linkspartei.PDS Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Redaktion klartext, Ebdorfer Straße 3, 39108 Magdeburg Tel.: 0391 7324840, Fax: 0391 7324848, E-Mail: landesvorstand@linkspartei-sachsen-anhalt.de

Auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft

Das Erscheinungsbild des Rechtsextremismus ist im Wandel begriffen. Wo früher neonazistische Subkulturaktivisten und alte Nazis die Szenerie bestimmten, kann die extreme Rechte heute auf ein breites Spektrum politischer Identitätsangebote zurückgreifen.

■ Bad Kösen im Sommer dieses Jahres: Die NPD hat zum Kinderfest geladen und viele sind gekommen. Die Frage des MDR-Moderators, ob sie es nicht problematisch fänden, ihr Kind zu einem von der NPD ausgerichteten Fest zu schicken, verneinen die angesprochenen jungen Mütter. Endlich werde einmal etwas für die Kinder geboten, und das auch noch kostenlos. Auch der Kreissportbund hat offenbar kein Problem von der NPD gespendete Fußbälle dankbar entgegenzunehmen. Warum sollte er auch. Denn schließlich bekommt man nicht alle Tage Fußbälle in Zeiten knapper Kassen geschenkt.

Seit Jahren arbeiten rechtsextreme Parteien und neonazistische Gruppierungen an einem Imagewandel. Vorbei die Zeiten, in denen man ausschließlich als radikaler Bürgerschreck wahrgenommen wurde. Was in Bad Kösen in diesem Sommer seinen Anfang nahm, ist in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern bereits Realität: Neonazis als selbstverständlicher Teil der Alltagskultur und des regionalen Sozialgefüges. Dort agieren Neonazis in Bürgerinitiativen, beraten in Not geratene Menschen in der Kasuistik von Hartz IV und Mietrecht. Was Parteien und Verbänden offenbar nur schwer gelingt, erreichen rechtsextreme Politikangebote scheinbar spielend. Die Sorgen und Nöte der Menschen aufzugreifen und Lösungen zu präsentieren, in denen sich diese wiederfinden. Diese sozialräumliche

Durchdringungsstrategie reicht von der diskursiven Intervention in regionale Konflikte um Schulentwicklung und Abwasserordnung, bis zu großen Themen wie Arbeit und soziale Sicherheit. Doch diese Vorgehensweise bei der Eroberung des vorpolitischen Raumes hat am Kern rechtsextremer Ideologie nichts geändert. Jede Selbstinszenierung als Anwalt des Bürgers auf der Straße ist nur die eine Seite der Medaille rechtsextremer Praxis. Die andere ist und bleibt Ausgrenzung und Gewalt, wie ein Blick auf die Zahl der rechtsextremen und fremdenfeindlichen Straftaten in Sachsen-Anhalt zeigt.

Für diese Selbstinszenierung nutzen Neonazis gezielt die argumentative Sprachlosigkeit und Unsicherheit ihnen gegenüber in Behörden und kommunalen Funktionsebenen aus. Im schlechtesten Falle agieren sie als scheinbar normaler Interaktionspartner demokratischer Institutionen und gesellschaftlicher Gruppen.

Sind rechtsextreme Parteien wie die NPD oder auch Teile der neonazistischen Kameradschaften bei diesem Unterfangen erfolgreich, so hat dies seine Ursache nicht in erster Linie in der Professionalität ihrer Politikangebote. Vielmehr stoßen rechtsextreme Politikangebote in jene Bereiche vor, die zuvor von den demokratischen Organisationen aufgegeben oder vernachlässigt wurden.

Einen weiteren Ansatzpunkt stellen jene Politikfelder dar, auf denen sich ein wachsender Teil der Bevölkerung durch

die etablierten Parteien nicht mehr repräsentiert sieht oder gar angesprochen fühlt. Die parteiinterne Diskussion der NPD darüber, wie man den Kampf gegen das von ihnen verhasste „System“ und den Einsatz für die alltäglichen Belange der Bevölkerung verbinden kann, ist bereits weitgediehen. Doch natürlich steht und fällt der Ansatz mit dem politischen Personal, das in der Lage ist, eine nachhaltige Verankerung rechtsextremer Politik umzusetzen. Hier ist sich die NPD ihrer Defizite durchaus bewusst. In diesem Zusammenhang ist der menschlich tragische Tod des sächsischen NPD Abgeordneten Uwe Leichsenring als politischer Rückschlag für die Partei zu werten. Denn Leichsenring repräsentierte den von der NPD propagierten neuen Typus des Politikers mit fester regionaler Verankerung, getragen von der Sympathie, wenn nicht Unterstützung weiter Teile der Bevölkerung.

Will man dieser Entwicklung der fortschreitenden Diffundierung rechtsextremer Politikangebote in die Alltagskultur entgegentreten, muss die politische Herausforderung, welche die heutigen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus darstellen, annehmen. Das bedeutet, Strukturen der politischen Auseinandersetzung zu schaffen, die auch dann noch funktionsfähig sind, wenn es gerade keine Ereignislage im Themenfeld gibt.



Neonazidemonstration am 15. Januar 2005 in Magdeburg

David Begrich

ist Mitarbeiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e.V.

„Für uns ist der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte“

Tavira ist ein schönes Fischerdorf. Der Algarven-Tourismus hat hier bisher nur recht sanfte Spuren hinterlassen. An diesem schönen Fleck der portugiesischen Küste fand im Juli dieses Jahres die erste Sommeruniversität der EL, der Europäischen Linken statt. Etwa 150 jüngere Mitstreiter aus den Mitgliedsparteien und Einzelmitglieder nahmen an dieser neuen Form des Kennenlernens und Austauschs teil. Neben den Gästen aus Italien, Frankreich, Griechenland, Belgien und Großbritannien, stellten die deutschen und österreichischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer die größte Gruppen.

Universitäts-typisch verbanden sich in Tavira Lernen, Zusammenkommen und Spaßhaben. Portugiesisch locker begannen die Vorlesungen der wissenschaftlichen Fachleute an den vier Tagen gegen 14.30 Uhr. In anschließenden Workshops konnte dann bis zum Abend diskutiert werden.

Die EL ist als Zusammenschluss von 17 europäischen linken Mitgliedsparteien – zudem haben weitere zehn Parteien einen Beobachterstatus – aus dem kommunistischen, sozialistischen und rot-grünem Spektrum. Entsprechend vielschichtig sind die Positionen über ein zukünftiges Europa.



Sommeruniversität der Europäischen Linken

Eine der vereinenden Haltungen brachte Walter Baier, langjähriger Vorsitzender der KPÖ, in der Eröffnungsrede auf den Punkt: „We represent that part of the Left to whom capitalism and patriarchy do not mean the end of history“.

Themen der ersten EL-Sommeruniversität waren beispielsweise die „Neuerfindung des Wohlfahrtsstaates“, „Kapitalistische Globalisierung und die Prekarität von Arbeit“ sowie „Demokratie und EU-Verfassungsvertrag“. Die Referenten regten zur Diskussion verschiedener Perspektiven an. Die „Studenten“ der Sommeruni diskutierten nach diesen grundsätzlichen Anregungen der Panels dann in parallelen Workshops detaillierter zu europäischen Entwicklungsmöglichkeiten und Problemen unter sozialen und Umweltaspekten, unter Gender- und Nachhaltigkeitsaspekten sowie zu den Öffentlichen Dienstleistungen.

Es wurde deutlich, dass die Prekarität der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Europa zunimmt, aber in den einzelnen EL-Mitgliedsorganisationen der Diskussionsstand zu Alternativen sehr unterschiedlich ist. Das Thema Grundeinkommen wurde stark von den deutschen und österreichischen TeilnehmerInnen thematisiert, wogegen es in Frankreich bisher keine Rolle spielt.

Interessant waren auch die Gespräche am Rande der „Panels“ und „Roundtables“ zu den angesprochenen Themen aber auch zu den Mitgliedsparteien. KPÖ-Aktivist Adam von der Wiener Studentenvereinigung fand das neue deutsche Projekt „Linkspartei.PDS“ einfach nur „cool“. „Bei euch ist alles so locker, ungezwungen“, meinte er. Seine Organisation empfinde er dagegen als eher streng und hierarchisch. Michael von der Leipziger WASG sah das deutsche Projekt dagegen kritischer. Er bedauerte die schnelle Fusion von Linkspartei und WASG, sie würde eine Engagement von Jugendlichen in der WASG eher entgegenstehen.

Am Rande der universitären Veranstaltungen bestand die Möglichkeit, sich etwas ins Lebensinnere der Einheimischen zu begeben. Wir besuchten u.a. einen für die Gegend typischen Ein-Mann-Betrieb, bei dem eine Schnapsbrennerei im Hausanbau für den Lebensunterhalt sorgte und eine eher seltene Vereinigung von Handwerkern einer Kunstgewerbemanufaktur.

An einem Abend organisierte Miguel Portas, in dessen Wahlkreis die Sommeruni stattfand, aus aktuellem Anlass eine Solidaritätskundgebung mit Palästina. Auf dem idyllischen Platz im Herzen Taviras versammelten sich dazu viele Einwohner und verfolgten die Livemusik und den eingespielten Antikriegsfilm.

Fausto Bertinotti redete zum Abschluss der 1. EL-Sommeruniversität unter großer Sicherheits- und Medienpräsenz. Einige vermissten allerdings in seiner Rede die sonst typische harsche Kritik und Kampfeslust.

Die kulturellen und sprachlichen Barrieren schlossen trotz der Übersetzungen ins Englische, Französische und Portugiesische meines Erachtens ältere wie auch osteuropäische Mitstreiterinnen und Mitstreiter stärker von der Sommeruni aus. Vielleicht sollten das nächste Mal auch mehr Abgeordnete vom EP bis zu den Kommunen aus der Praxis reden.

Die portugiesischen Organisatoren der 1. Summeruniversity haben ihre Sache gut gemacht und dazu beigetragen, dass das Projekt der European Left in dieser interessanten Form ein Gesicht bekam. Nach diesem erfolgreichen Probelauf sollte die Sommeruniversität eine feste Einrichtung werden, sagte EL-Vorstandsmitglied Helmut Scholz.

Silke Prange

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Landtagsfraktion der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt.

Odo von Aktenrath

Abgeordneter

Lieber, sehr geehrter Ete,

ich darf Sie – wie ich doch hoffe – so nennen. Vielleicht hat Ihr verehrter Freund Alfred Dittberner Ihnen ja schon mitteilen können, dass er aus dem Hohen Hause ausgeschieden ist, ich bin für ihn nachgerückt. Sein Schritt kam für uns so überraschend wie auch erfreulich. Ihm wurde das Amt des Hauptgeschäftsführers einer uns nahe stehenden Organisation angetragen, was politisch angesichts seiner parlamentarischen Erfahrungen und Kontakte natürlich nur positiv zu bewerten ist. Seine Mandatsrückgabe war ein wohl-durchdachter Schritt, wollten wir uns doch hässliche Debatten, wie sie unlängst anderen Orts geführt wurden, ausdrücklich ersparen. Zudem hat er das Mandat nun natürlich nicht mehr nötig, ist doch die Vergütung im neuen Amte mit den eher spärlichen Abgeordneten-Bezügen nicht zu vergleichen.

Alfred bat mich herzlich, die Korrespondenz mit Ihnen weiter zu führen, so Sie denn auch künftig Erhellung zum parlamentarischen Geschehen wünschen. Zu mir selbst nur soviel: Als langjährig erfahrener Verwaltungsmann werde ich mich hier im Hohen Hause gewiss schnell zu-rechtfinden und meiner Fraktion – auch Dank vielfältiger Kontakte – von Nutzen sein können. Mir selbst gibt es Genugtuung, wertkonservative Positionen – dieser Begriff bedeutet mir sehr viel – hier im Hohen Hause stärken zu können, das mag angesichts hiesigen politischer Konstellationen zum Vorteil gereichen, unsere jungen Pragmatiker bedürfen doch ein wenig des Gegengewichts.

Mit dem Haushalt für das Jahr 2007 ward ich nun gleich ins kalte Wasser geworfen, und ich werde mich wohl fröhlich darin tummeln. Aus Sicht gewisser parlamentarischer Erfahrungen, über welche ich sehr wohl verfüge, kann ich nur sagen: Diese Debatte hat mich innerlich ungemein erheitert. Der Herr Finanzminister – er entstammt bekanntlich den Reihen unseres kleinen Koalitionspartners – hat es in erstaunlicher Weise vermeiden können, der Einbringung des Haushaltsplans auch nur den leisesten Anstrich des Politischen zu verleihen. Vielmehr schien es ihm Freude zu bereiten, sich an seinem geschätzten

Vorgänger reiben zu können, dem dies wiederum wohl auch ein besonderes Vergnügen zu bereiten schien, konnte er doch nun wieder völlig ungehemmt der reinen liberalen Lehre frönen. Der Finanzminister nun – er erscheint mir ausgesprochen pflegeleicht, für die Koalition ist dies ein wohltuender Kitt. Zumal er sich da von seinem Parteikollegen, der dem Innenressort vorsteht, ganz erfreulich unterscheidet. Zwei junge Männer, und doch so verschieden. Der Herr Innenminister jedenfalls bereitet uns das eine oder andere Ungemach, pocht er doch unausgesetzt auf den Koalitionsvertrag, widerspricht gar öffentlich dem Herrn Ministerpräsidenten, setzt politische Akzente, die nicht allemal unumstritten sind: Mit Einheitsgemeinden will er das Land beglücken, ohne dabei die kommunale Verankerung seines Koalitionspartners zu bedenken. Und auf dem linken Auge scheint er gar etwas kurzsichtig, will er uns doch nur „Gefahr von Rechts“ sehen machen. Wenn der junge Mann da meint, er könne hier Prinzip vor Politik setzen, wird er noch Einiges lernen müssen. Da ist sein Kollege von den Finanzen wohl weiter, dem scheinen Prinzip wie Politik eher zweitrangig, der verwaltet seine Zahlen, sucht ansonsten keinen Streit mit den Ressorts. Unsere liberalen Freunde scheinen sich derweil – zumindest nach Außen – zusammengerauft zu haben, sie kämpfen wacker um den Wimpel des Herrn Landtagspräsidenten „Wer stellt die meisten Anträge?“. Gefahr droht ihnen da schlimmstenfalls von den Damen und Herren der Linken. Selbige wiederum scheinen mir im Moment ganz andere Sorgen zu haben: Die haben da Einiges an Thesen zu Papier gebracht, was ihnen viel Prügel aus den eigenen Reihen einbringt. Das ist zunächst durchaus erfreulich, aber Achtung: Da könnte politisch Gefahr drohen. Die wollen scheinbar konsequent alten linkischen Mief über Bord werfen und sich Realitäten stellen. Mich dünkt, dies müssen wir ganz ernsthaft im Auge behalten.

In freundlicher Verbundenheit
Ihr v. Aktenrath

Termine

Landesvorstand

24. Oktober 2006, 18.30 Uhr,
LV-Sitzung in Magdeburg, Ebendorfer Str. 3

28. Oktober 2006, 10.00 Uhr,
Beratung mit den Kreisvorsitzenden in
Magdeburg, Ebendorfer Str. 4
(Beratungsraum der Allianz)

28. Oktober 2006, 09.30 Uhr,
Sitzung des Landesparteiirates in
Magdeburg, Ebendorfer Str. 3 (KIZ)

14. November 2006, 18.30 Uhr,
LV-Sitzung in Halle, Blumenstr. 16

25. November 2006, 10.00 Uhr,
Landesfinanzkonferenz in Magdeburg,
Ebendorfer Str. 3

**05. November 2006, 16.00 Uhr, Friedensweg
in die Colbitz-Letzlinger Heide,**
14.00 Uhr, Parkplatz der Tankstelle
an der B 71 nördlich von Letzlingen

Bildungsverein Elbe-Saale

30. Oktober, 18.30 Uhr, Wahlpodium
zu OB-Wahlen, Com-Center Halle,
Halle, Philipp-Müller-Str. 57,
zusammen mit attac,

**20. November, ab 9.30 Uhr, „Unter
welchen Voraussetzungen herrscht
soziale Gerechtigkeit?“** mit Wolfram
Tschiche, im Jahn-Gymnasium,
Salzwedel, Melanchthonstr. 3

**21. November, 18.00 Uhr, Probleme des
Schönheits-Wahns heute**
mit Dr. Viola Schubert-Lehnhardt,
in Aschersleben, Bestehorn-Haus

Bildnachweis:

Agentur TRIALON/Klink (Titel, 5)
Jenny Schulz (7, 12)
Jana Müller (6)
Joachim Spaeth (2, 3, 11)
Jürgen Domes (10)
Dr. Martin Reso (7)
Martin Semmler (13)
Privat (8,9)



www.bundesjugendtreffen2006.de

Du bist nicht allein!

Bundesjugendtreffen

24. bis 26. November 2006

in Göttingen

DIE LINKE. PDS